



Herbstprognose 2018: anhaltendes, aber weniger dynamisches Wachstum bei hoher Unsicherheit

Brüssel, 8. November 2018

Nachdem das Wachstum im Euroraum im Jahr 2017 mit 2,4 % den höchsten Stand seit 10 Jahren erreicht hatte, dürfte es sich den Prognosen zufolge im Jahr 2018 auf 2,1 % abschwächen und sich 2019 und 2020 mit 1,9 % bzw. 1,7 % weiter verlangsamen. Dieselbe Entwicklung wird für die EU-27 erwartet, in der von einem Wachstum von 2,2 % im Jahr 2018, 2,0 % im Jahr 2019 und 1,9 % im Jahr 2020 ausgegangen wird.

 [Autumn 2018 Economic forecast](#)

Die außergewöhnlich günstige globale Lage im vergangenen Jahr hat die starke Wirtschafts- und Investitionsleistung in der EU und im Euroraum begünstigt. Trotz eines mit stärkeren Unsicherheiten behafteten Umfelds wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Stärke des Binnenkonsums und der Investitionstätigkeit alle Mitgliedstaaten weiter wachsen werden, wenn auch langsamer. Kommt es nicht zu größeren Schocks, sollte Europa in der Lage sein, weiterhin ein über dem Potenzialwachstum liegendes Wirtschaftswachstum, einen kräftigen Zuwachs an Arbeitsplätzen und sinkende Arbeitslosenzahlen zu gewährleisten. Dieses Basisszenario ist jedoch einer zunehmenden Anzahl miteinander verbundener Abwärtsrisiken ausgesetzt.

Valdis **Dombrovskis**, Vizepräsident für den Euro und den sozialen Dialog, außerdem zuständig für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion, erklärte: „*Alle Volkswirtschaften in der EU werden in diesem und im nächsten Jahr aller Voraussicht nach Wachstum verzeichnen, und das schafft weitere Arbeitsplätze. Allerdings nehmen sowohl die externen als auch die internen Unsicherheiten und Risiken zu und schlagen sich allmählich auf das Wirtschaftswachstum nieder. Wir müssen wachsam bleiben und mehr dafür tun, dass unsere Volkswirtschaften noch widerstandsfähiger werden. Auf EU-Ebene bedeutet dies, dass wir konkrete Beschlüsse über die weitere Konsolidierung unserer Wirtschafts- und Währungsunion fassen müssen. Auf nationaler Ebene ist es jetzt umso wichtiger, Haushaltspolster aufzubauen und die Schulden abzubauen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Vorteile des Wachstums auch den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommen.*“

Pierre **Moscovici**, EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll, ergänzte: „*Die europäische Wirtschaft hält sich wacker, und das Wachstum lässt nur langsam nach. Wir rechnen damit, dass sich diese Entwicklung in den nächsten zwei Jahren fortsetzen wird, da die Arbeitslosigkeit weiter rückläufig ist und ein Niveau erreicht hat, das es seit der Krise nicht mehr gegeben hat. Die öffentlichen Schulden im Euroraum dürften weiter zurückgehen und das Defizit wird wohl deutlich unter 1 % des BIP verbleiben. In einem zunehmend unberechenbaren internationalen Umfeld müssen die politischen Entscheidungsträger in Brüssel und den nationalen Hauptstädten mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass der Euroraum stark genug aufgestellt ist, um mit sämtlichen künftigen Szenarien umgehen zu können.*“

Binnennachfrage als Wachstumstreiber

Die zunehmende globale Unsicherheit, die internationalen Handelsspannungen und die höheren Ölpreise werden sich wachstumshemmend auf Europa auswirken. Nach Jahren des soliden Beschäftigungswachstums könnten auch die Aussichten auf nachlassende Verbesserungen am Arbeitsmarkt und zunehmende Probleme auf der Angebotsseite in einigen Mitgliedstaaten diese wachstumshemmende Wirkung noch verstärken.

Wachstumsimpulse werden wohl zunehmend von innen kommen: Der private Verbrauch dürfte von einem stärkeren Lohnwachstum und steuerlichen Maßnahmen in einigen Mitgliedstaaten profitieren. Auch die Finanzierungsbedingungen und die hohe Kapazitätsauslastung dürften weiterhin investitionsfördernd wirken. Zum ersten Mal seit 2007 wird im Jahr 2019 mit einem Anstieg der Investitionen in allen Mitgliedstaaten gerechnet.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren ist davon auszugehen, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in allen Mitgliedstaaten weiter wachsen wird, auch wenn sich das Tempo verlangsamen wird und das Wachstum insgesamt etwas schwächer auszufallen scheint als noch im Sommer erwartet.

Arbeitslosigkeit weiter rückläufig

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich in der ersten Jahreshälfte 2018 weiter verbessert. So blieb das Beschäftigungswachstum trotz einer Abkühlung des Wirtschaftswachstums konstant.

Das anhaltende Wachstum und die Umsetzung von Strukturreformen in einigen Mitgliedstaaten dürften sich weiter positiv auf die Schaffung von Arbeitsplätzen auswirken. Wenngleich die Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen dürfte, so wird dies voraussichtlich langsamer geschehen als in der Vergangenheit, da der zunehmende Arbeitskräftemangel und das langsamere Wirtschaftswachstum das Beschäftigungswachstum letztlich dämpfen werden.

Die Arbeitslosenquote im Euroraum dürfte in diesem Jahr auf 8,4 % und in den Jahren 2019 und 2020 auf 7,9 % bzw. 7,5 % sinken. Für die EU-27 wird in diesem Jahr mit einer Arbeitslosenquote von 7,4 % gerechnet. 2019 dürfte sie auf 7 % und 2020 auf 6,6 % sinken. Dies entspräche der niedrigsten Arbeitslosenquote seit Beginn der Erstellung der monatlichen Datenreihe zur Arbeitslosigkeit im Januar 2000.

Ölpreise heizen Inflation an

Die Gesamtinflation dürfte im Prognosezeitraum nur moderat ansteigen. Im Euroraum wird für die Jahre 2018 und 2019 mit einer Inflation von 1,8 % gerechnet, 2020 dürfte sie sich auf 1,6 % abschwächen.

Die steigenden Ölpreise haben die Inflation in diesem Jahr angeheizt, und auch im ersten Quartal des nächsten Jahres wird weiterhin mit starken positiven Basiseffekten gerechnet. Während die Kerninflation, bei der die Preise für Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel ausgeklammert werden, in diesem Jahr bislang relativ moderat war, wird erwartet, dass sie sich 2020 wieder als stärkste Triebkraft der Gesamtinflation erweisen wird, da die Löhne bei einer zunehmend angespannten Lage an den Arbeitsmärkten steigen werden.

Öffentliche Finanzen: sinkende Schuldenstände und ein aggregiertes öffentliches Defizit des Euroraums von unter 1 %

Dank niedrigerer Zinsausgaben wird das gesamtstaatliche Defizit des Euroraums im Verhältnis zum BIP in diesem Jahr voraussichtlich weiter sinken. Mit diesem Rückgang dürfte im nächsten Jahr zum ersten Mal seit 2009 Schluss sein, da der haushaltspolitische Kurs im Jahr 2019 leicht expansive Züge annehmen wird, bevor er 2020 wieder weitgehend neutral wird. Das gesamtstaatliche Defizit des Euroraums wird voraussichtlich von 0,6 % des BIP im Jahr 2018 auf 0,8 % im Jahr 2019 steigen und im Jahr 2020 wieder auf 0,7 % fallen. Für die EU-27 wird das gesamtstaatliche Defizit voraussichtlich von 0,6 % des BIP im Jahr 2018 auf 0,8 % im Jahr 2019 steigen und im Jahr 2020 wieder auf 0,6 % fallen. Insgesamt stellt der Trend nach wie vor eine deutliche Verbesserung gegenüber der Situation von vor zehn Jahren dar. Damals, im Jahr 2009, lag das Defizit im Euroraum bei 6,2 % und für die EU bei 6,6 %.

Unterstützt durch schuldensenkende Primärüberschüsse und ein anhaltendes Wachstum dürften die Schuldenquoten im Euroraum und in fast allen Mitgliedstaaten weiter sinken. Die Schuldenquote des Euroraums dürfte von 86,9 % des BIP im Jahr 2018 auf 84,9 % im Jahr 2019 und auf 82,8 % im Jahr 2020 fallen. 2014 lag sie noch bei 94,2 %. In der EU-27 wird der gesamtstaatliche Schuldenstand voraussichtlich von 80,6 % des BIP im Jahr 2018 auf 78,6 % im Jahr 2019 und 76,7 % im Jahr 2020 schrumpfen.

Zahlreiche korrelierte Risiken und Unsicherheiten trüben die Aussicht

Die Prognose ist mit vielen Unsicherheiten behaftet, und es bestehen zahlreiche miteinander verbundene Abwärtsrisiken. Tritt eines dieser Risiken ein, könnten sich die anderen Risiken ausweiten und größere Kreise ziehen.

Eine Überhitzung der Wirtschaft in den USA, die durch prozyklische Konjunkturmaßnahmen angeheizt wird, könnte dazu führen, dass die Zinsen schneller steigen als erwartet, was zahlreiche negative Spillover-Effekte über die USA hinaus zur Folge hätte, insbesondere auf aufstrebende Märkte, die anfällig für Veränderungen bei den Kapitalströmen sind und Risiken im Zusammenhang mit auf US-Dollar lautenden Krediten ausgesetzt sind. Dies könnte die Spannungen an den Finanzmärkten noch verschärfen. Auch die EU könnte aufgrund ihrer starken Handelsbeziehungen mit den USA und des umfassenden Engagements europäischer Banken in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die erwartete Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits der USA könnte zudem zu weiteren Handelsspannungen mit China führen. Aufgrund des Umfangs der Unternehmensverschuldung und der finanziellen Anfälligkeit Chinas könnte dies das Risiko einer ungeordneten Anpassung in China erhöhen. Da sich stärkere Handelsspannungen auf Vertrauen und Investitionstätigkeit auswirken und die EU stark in die globalen Wertschöpfungsketten eingebettet ist, würden solche Spannungen auch der EU schaden.

Innerhalb der EU könnten Zweifel an der Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in hochverschuldeten Mitgliedstaaten auf die inländischen Bankensektoren übergreifen und dadurch die Finanzstabilität infrage stellen und das Wirtschaftsgeschehen belasten.

Schließlich bestehen nach wie vor Risiken im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Brexit-Verhandlungen.

Rein technische Annahmen für 2019 und 2020 für das Vereinigte Königreich

Um Vergleiche über längere Zeiträume zu ermöglichen, enthält die Prognose die Zahlen für alle 28 Mitgliedstaaten, einschließlich des Vereinigten Königreichs. Da die Verhandlungen über die genauen Bedingungen des Brexit noch nicht abgeschlossen sind, beruhen unsere Prognosen auf der rein technischen Annahme, dass die Handelsbeziehungen zwischen der EU-27 und dem Vereinigtes Königreich unverändert bleiben. Dies dient einzig und allein Prognosezwecken und lässt die laufenden Gespräche im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 50 unberührt.

Hintergrund

Die Prognose basiert auf einer Reihe technischer Annahmen für Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 22. Oktober 2018. Bei allen anderen herangezogenen Daten, auch den Annahmen zu staatlichen Maßnahmen, wurden in dieser Prognose Informationen bis einschließlich 22. Oktober berücksichtigt. Den Projektionen liegt die Annahme einer unveränderten Politik zugrunde, es sei denn, es wurden politische Maßnahmen angekündigt, die einerseits glaubwürdig und andererseits hinreichend spezifiziert sind.

Die nächste Prognose der Europäischen Kommission wird die Zwischenprognose Winter 2019 mit aktualisierten BIP- und Inflationsprognosen sein. Sie wird im Februar 2019 vorgelegt.

Ab diesem Jahr legt die Europäische Kommission anstelle der drei umfassenden jährlichen Prognosen, die sie seit 2012 im Frühjahr, Herbst und Winter veröffentlicht hatte, jedes Jahr wieder zwei umfassende Prognosen (im Frühjahr und Herbst) und zwei Zwischenprognosen (im Winter und Sommer) vor. Die Zwischenprognosen enthalten jährliche und vierteljährliche BIP- und Inflationszahlen für das laufende und das folgende Jahr für alle Mitgliedstaaten und das Euro-Währungsgebiet sowie die aggregierten Zahlen für die EU insgesamt. Durch die Rückkehr zum alten Prognose-Rhythmus werden die Prognosen der Kommission zeitlich wieder mit denen anderer Organisationen (wie der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)) zusammenfallen.

Weitere Informationen

[Die Prognose in voller Länge: Herbstprognose 2018](#)

Vizepräsident Dombrovskis auf Twitter: [@VDombrovskis](#)

Kommissar Moscovici auf Twitter: [@pierremoscovici](#)

GD ECFIN auf Twitter: [@ecfin](#)

IP/18/6254

Kontakt für die Medien:

[Christian SPAHR](#) (+32 2 295 61 53)

[Enda MCNAMARA](#) (+32 2 296 49 76)

[Anniky LAMP](#) (+32 2 295 61 51)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

Attachments

[AF18 Tables DE.pdf](#)